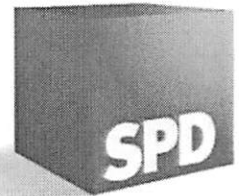




# GEHÖR FÜR KOMMUNEN



Bundestagsfraktion AG Kommunalpolitik



## Sonderausgabe: Bewertung der Streichliste der Bundesregierung

16. Juni 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,  
für eure Arbeit „vor Ort“ senden wir euch eine erste Bewertung der Streichliste der Bundesregierung vom 7. Juni 2010 aus kommunaler Sicht und aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Das „Haushaltskonzept der Zukunft“ war als großer Wurf angekündigt worden. Unser Fazit ist: Schwarz-Gelb wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Sie zeigen kein Krisenbewusstsein und leiten keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Sie belasten wieder einmal die Kommunen und die Schwächeren in der Gesellschaft. (In der Tabelle nicht aufgeführt ist die „Streitkräftereform“ mit Einsparungen von 2 Mrd. Euro ab 2013. Viele Bürgermeister wissen, was das für sie bedeutet. Allgemein wird zudem angekündigt, dass der steuerliche Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit vollständig gestrichen wird.)

Es grüßen euch  
Uli Gottschalck und Bernd Scheelen

### Sparen JA - aber sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll

„ENTLASTUNG“ Bundeshaushalt	BELASTUNG Kommunen und Bürgerinnen & Bürger
<b>Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger</b> „Einsparung“ 100 Mio. Euro jährlich	<p>Wohngeld inkl. Heizkostenzuschuss (seit 2009) ist ein zentrales Instrument der Wohnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Es erreicht Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen und Rentnerinnen und Rentner. Wohngeld setzt Anreize, sich selbst um angemessenen Wohnraum zu bemühen und Energie zu sparen. Bezieher sind nicht nur auf das preiswerteste Wohnungsmarkt-Segment angewiesen. Ziel ist die Erhaltung/Schaffung stabiler Bewohnerstrukturen; Wohngeld beugt einer Spaltung des Wohnungsmarktes vor.</p> <p>Die Streichung des Heizkostenzuschusses schafft einen Verschiebepbahnhof ins ALG II bzw. in die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, mit ausschließlicher Verpflichtung zur preiswertesten Wohnung. Das destabilisiert den Wohnungsmarkt, torpediert kommunale Gesellschaftspolitik. Das Argument, der Ölpreis sei gesunken, ist falsch: er liegt derzeit 34 Prozent über dem vom 1. Januar 2009.</p> <p>Wohngeld zahlen zu je 50% Bund und Länder. Kosten der Unterkunft des ALG II und der Grundsicherung im Alter bzw. wegen Erwerbsunfähigkeit werden überwiegend von den <b>Kommunen</b> getragen!</p>
<b>Streichung des befristeten Zuschlags auf Hartz IV nach Bezug des Arbeitslosengeldes I</b> „Einsparung“ 200 Mio. Euro jährlich	<p>Wer Arbeitslosengeld I bezogen hat, kann im Anschluss neben Arbeitslosengeld II für 2 Jahre einen monatlichen Zuschlag erhalten. Schwarz-Gelb behauptet der Zuschlag sei nicht mehr notwendig. Wir meinen hingegen, vorherige Beschäftigung soll weiterhin anerkannt und der Übergang vom ALG I zum ALG II abgefedert werden.</p>
<b>Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose</b> „Einsparungen“ 1,8 Mrd. Euro jährlich	<p>Zeiten des ALG II-Bezuges wären keine Beitragszeiten mehr. Schwarz-Gelb meint, Altersarmut würde besser durch die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ bekämpft, als durch Einzahlungen in die Rentenversicherung. Diese Grundsicherung ist eine Form der Sozialhilfe. Sie wird unter anderem an Menschen über 65 gezahlt,</p>

bis 2014 7,2 Mrd. Euro	deren Rente nicht zum Leben reicht. Seit 2003 hat sich die Zahl der Empfänger um über 330.000 (+75%) erhöht. Insgesamt zahlten hierfür Kommunen und überörtliche Träger rd. 4 Mrd. Euro. Anstatt Rentenansprüche zu festigen, werden nun bewusst Menschen in die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ abgeschoben. Die Bundesregierung zieht sich aus der Verantwortung zurück und wälzt die Kosten auf <b>Kommunen</b> ab.
<b>Umwandlung von Pflichtleistungen der Bundesanstalt für Arbeitslose in Ermessensleistungen</b> „Einsparungen“ 2011: Bund 0,5 Mrd. + BA 1,5 Mrd Euro, insgesamt bis 2014: Bund 6 Mrd. + BA 10 Mrd. Euro	Schwarz-Gelb will durch „Umwandlung“ Effizienzsteigerungen auf dem Arbeitsmarkt erzielen. Wie das gehen soll, bleibt ein Geheimnis. Statt höherer Effizienz kommt Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage. Fallmanager und Arbeitsvermittler geraten unter Druck und verlieren Handlungsspielräume. Zudem kann aufgrund bestehender Leistungszusagen danach nur eingeschränkt neu bewilligt werden. Wer bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzt, vernichtet Chancen und spart nichts! Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger und die <b>Kommunen</b> .
<b>Halbierung der Städtebauförderung</b> „Einsparung“ 2011 von 300 Mio. Euro zusätzlich  (Kürzungen sollen bis 2014 fortgesetzt werden)	Kürzungen bei der Städtebauförderung und den KfW-Mitteln zur CO <sup>2</sup> -Gebäudesanierung sind verheerend. <b>Städtebauförderung wird durch Länder und Kommunen komplementär mitfinanziert. Ein Zurückfahren bedeutet deshalb eine Reduzierung von Investitionen und sozialen Maßnahmen um das Zwei- bis Dreifache.</b>  Städtebauförderung (605 Mio. Euro in 2010) ermöglicht eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik. Baugewerbe und Handwerk profitieren von ihr nachhaltig und Kommunen im ländlichen Raum werden als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge gestärkt. Aber auch die für <b>Kommunen</b> wichtigen Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost / West“ wurden von Ramsauer auf den Prüfstand gestellt.
<b>Halbierung des CO<sup>2</sup>-Gebäude-Sanierungsprogramms</b> „Einsparung“ 2011 von 450 Mio. Euro (Kürzungen sollen bis 2014 fortgesetzt werden)	Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik können bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden. Bereits der aktuelle Bundeshaushalt sieht für 2011 eine Reduzierung der Mittel von 1,5 Mrd. Euro auf 875 Mio. Euro vor. Diese Summe wird nun noch halbiert. Damit setzt Schwarz-Gelb klimapolitische Ziele außer Kraft.
<b>Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für Arbeitslose</b> „Einsparung“ 400 Mio. Euro jährlich	Mindestelterngeld ist keine Lohnersatzleistung. Es dient nicht zur Sicherung des Existenzminimums, wie die Bundesregierung behauptet. Es ist eine „Anerkennungsleistung“ für die Erziehung von Kindern, für die nicht-erwerbstätige Ehefrau eines Millionärs ebenso, wie für ALG II-Empfänger. Während die Millionärgattin weiterhin 300 Euro Mindestelterngeld erhalten soll, wird es der ALG II-Empfängerin gestrichen!
<b>Absenkung des Elterngeldes</b> „Einsparung“ 200 Mio. Euro jährlich	Wir wollen keine Eltern 2. Klasse. Aber der Union war es nie ernst mit einer modernen Familienpolitik.

## >>Drohendes Ungemach auch bei der Gemeindefinanzkommission<<

Schwarz-Gelb will sich auf ein Modell einigen, das die Handschrift der FDP trägt, das sogenannte „Prüfmodell“. Die Gewerbesteuer würde abgeschafft und durch Zuschläge der Städte und Gemeinden auf die Körperschaft- und Einkommensteuer und einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt. Das wäre völlig unzureichend. Den Ländern drohte ein Verlust von 5,5 Milliarden Euro jährlich.

Das FDP-Modell begünstigt gewerbliche Unternehmen zu Lasten aller übrigen Steuerpflichtigen. Die Besteuerung würde zudem nicht mehr am Ort der Betriebsstätte sondern am Wohnsitz z. B. der Personengesellschaft anfallen. Damit wird vielen Kommunen der Anreiz genommen, in Straßen, Gewerbegebiete und sonstige Infrastruktur zu investieren. Das enge Band zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft würde zerschnitten! Gewinnverschiebungen ins Ausland würden attraktiver und ausländische Verluste könnten leichter nach Deutschland verlagert werden.

AG Kommunalpolitik  
Uli Gottschalck, MdB

Gerhild Pinkvoß-Müller  
Charlotte Dieter

030-227-53644  
030-227-71815

pinkvoss@spdfraktion.de  
ulrike.gottschalck.ma02@bundestag.de